



Dr. Florian Herrmann, MdL Fischergasse 18a 85354 Freising

Herrn Vorsitzenden
Hans Stanglmair
Solarfreunde Moosburg e.V.
Haydnstr. 6
85368 Moosburg

**Abgeordneter
Dr. Florian Herrmann**

Leiter der Staatskanzlei und
Staatsminister für Bundesange-
legenheiten

Freising, 27. Juli 2018

Fragen an die Landtagskandidaten zu Klimaschutz und Energiewende

Sehr geehrter Herr Stanglmair,

vielen Dank für den umfangreichen Fragenkatalog vom 10.07.2018, den ich
gerne wie folgt beantworte:

1. Was sind nach Ihrer Ansicht die wichtigsten bei uns in den nächsten
10 Jahren spürbaren Folgen des Klimawandels?

- Verringerung der Grundwasserneubildung sowie abnehmende Niederschläge im Sommer und zunehmende im Winter.
- Extremwetterereignisse (z.B. langanhaltende Dürren, Starkregenfälle) → negative Folgen für Pflanzengesundheit, Produktivität von Nutzpflanzen, Pflanzengesellschaften im Grasland.
- Bodenerosion → negative Auswirkungen für Ertragsfähigkeit der Böden, Belastung von Gewässern mit Sedimenten und Nährstoffen, Ernteertrag in Folge eines Verlusts an Kulturpflanzen, erhebliche Bewirtschaftungsprobleme durch Erosionsrinnen/-gräben.

Maximilianeum

Max-Planck-Str. 1
81627 München

Tel: 089 / 4126 - 2582
Fax: 089 / 4126 - 1582

Stimmkreis

Fischergasse 18a
85354 Freising

Tel: 08161 / 53 86 - 95
Fax: 08161 / 53 86 - 96

Mobil: 0170 / 8666721
herrmann@florian-herrmann.de
www.florian-herrmann.de

- Anstieg der Wassertemperatur → negative Auswirkungen auf biologische und physikalisch-chemischer Prozesse im Gewässer (z.B. Absterben von Organismen, Veränderungen von Lebensgemeinschaften, Verbreitung invasiver Wasserpflanzen)
- In sensibler Alpenregion vergleichsweise stärkerer Temperaturanstieg (mit 1,5°C etwa doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt) → Zunahme der alpinen Gefahren, Gefährdung der Trinkwasserspeicher, Verstärkung der Hochwasserereignisse, Bedrohung der Wildbäche, Bergwälder, alpinen Tier-/Pflanzenwelt.

2. Welche konkreten politischen Entscheidungen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode erreichen, um den Klimawandel wirksam zu verlangsamen?

- Umsetzung Klimaschutzprogramm Bayern 2050 in den drei Säulen
 - Treibhausgasminderung (u.a. energetische Sanierung staatlicher Gebäude und Unterstützung der Kommunen, 10.000-Häuser-Programm, Ausbau erneuerbarer Energien, Renaturierung, Bayerische Klima-Allianz).
 - Regionale Anpassung (u.a. Programm „Bayern klimasicher machen“ in den Bereichen Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz).
 - Forschung und Entwicklung (u.a. Umweltforschungsstation Schneefernerhaus, Bayerischer Klima-Report 2050 (=Darstellung wesentlicher Klimaveränderungen in Bayern), Ressortspezifische Forschung (u.a. Energieeffizienz, Agrarstrategien, Auswirkungen des Klimawandels auf Naturschutz, Stadtnatur)).

- Umsetzung Bayerische Klimaanpassungsstrategie mit Maßnahmen und Handlungsempfehlungen in 15 Handlungsfeldern.
- Gemeinsame Projekte mit der Wirtschaft zur Anpassung von Unternehmen an den Klimawandel, u.a. „Klimaagenden“ als betriebliche Strategien für die Anpassung, Lehrgangskonzept für den „Betrieblichen Klimaanpassungsmanager“.
- Neues Zukunftskonzept für eine sichere Wasserversorgung
 - Sicherung der Trinkwasserversorgung (z.B. Fortschreibung der Wasserversorgungsbilanz (Stresstest für alle Wasserversorger Bayerns) mit Prognosehorizont 2035, Förderung von Verbundleitungen wird weiter verbessert (Fortschreibung RZWas2016))
 - Bayernweiter Aktionsplan für Bewässerung (u.a. Förderung von nachhaltigen und umweltverträglichen Bewässerungskonzepten, Untersuchung von Bewässerungsbedarf, Investitionsvolumen und Fördermöglichkeiten, Entwicklung von Strukturen für Wasserbeschaffung und gerechte -verteilung)
 - Fachgrundlagen – Kommunikation – Beratung (z.B. Ausbau der Beratung durch Wasserwirtschafts- und Landwirtschaftsverwaltung)
- Bereits am 31.07.2018 wird im bayerischen Kabinett konkret beschlossen:
 - Naturoffensive Bayern
 - Initiativen zum Erhalt der Insektenvielfalt
 - Masterplan Moore in Bayern
 - Bayerisches Gewässer-Aktionsprogramm 2030 (BAP2030),
 - Umweltbewusst leben u. wirtschaften (Ressourcen, Kunststoffabfälle)

3. Der Landkreis Freising hat beschlossen seine Energieversorgung bis 2035 auf erneuerbare Energien umzustellen. Mit welchen politischen Maßnahmen kann dies auch tatsächlich in allen Bereichen (Strom, Wärme, Mobilität) gelingen?

- Landkreisweit vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien ist zu Recht beschlossen worden, aber natürlich sehr ambitioniert, weil er alle Akteure mit ihren jeweiligen Eigentumsrechten betrifft (z.B. auch Besitzer privater Ölheizungen); daher ist die Mitnahme aller Akteure erforderlich.
- Flankierung durch geeignete Randbedingungen auf Bundes- und Landesebene z.B. durch Förderung energetischer Gebäudesanierung, Anreize für Flexibilisierung des Strombezugs oder systemdienliche Sektorenkopplung.
- Wesentliche Unterstützung muss von den Kommunen selbst kommen (Vorbildfunktion etwa im Beschaffungswesen, Fuhrpark, Gebäudebestand, Nutzung erneuerbarer Energien vorangehen).
- Kommunen können mit integrierter Siedlungs- und Verkehrsplanung erheblich zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung beitragen (z.B. Optimierung der ÖPNV-Anbindung von Siedlungsgebieten, Förderung von Fahrradverkehr und Car-Sharing, Verbesserung der öffentlichen Elektro-Ladeinfrastruktur).
- Bei der Bauleitplanung und der Festsetzung von Bebauungsplänen können Kommunen z.B. durch kompakte Siedlungsstrukturen, optimierte Gebäudeausrichtung oder sinnvolle Nahwärmesysteme Fortschritte bewirken.
- Im Rahmen der Bauleitplanung können Kommunen auch den Ausbau der erneuerbaren Energien, z.B. der Windkraftnutzung unterstützen.

4. Welche politischen Maßnahmen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode umsetzen, um in den nächsten 10 Jahren spürbare Energieeinsparungen in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität zu erreichen?
- Bei der Energieeffizienz konnten große Fortschritte erzielt werden. Ziel: Primärenergieverbrauch in Bayern bis 2025 um 10% gegenüber 2010 senken; mit aktuell 8% schon jetzt in greifbarer Nähe.
 - Erfolgreiches 10.000-Häuser-Programm zur Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebereich.
 - Bayerisches EnergieEffizienz-Netzwerk-Initiative BEEN-i (Bayerisches Wirtschaftsministerium, Kammern, Verbände der bayerischen Wirtschaft): Unterstützung von Betrieben, in Netzwerken gemeinsam ihre Energieeffizienz zu steigern.
 - Das größte Einsparpotential für Energieeffizienz und Klimaschutz liegt in der Sanierung des Gebäudebestandes. Daher: Einsatz für Einführung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung.
5. Der Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien ist die wichtigste Strategie für den Klimaschutz. Das „Team EE“ aus Sonne, Wind, Wasser, Bioenergie und Geothermie kann in Verbindung mit Speicherung und intelligentem Verbrauch eine rasche Energiewende ermöglichen. Bayern war hier führend. Der Fortschritt hat jedoch stark nachgelassen. Derzeit importiert Bayern schon rund 25% seines Strombedarfes. Mit dem Atomausstieg 2022 wird der Import auf 50% und mit der Sektorkopplung auf ca. 75% steigen, wenn die Erneuerbaren Ener-

gien nicht stark ausgebaut werden. Wollen Sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien vor diesem Hintergrund in Bayern beschleunigen und wenn ja wie?

- Im Bayerischen Energieprogramm ist der Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern skizziert.
- Bayern hat bei der Umsetzung der Energiewende beachtliche Fortschritte gemacht (Fortschrittsbericht 2016/17 zum Umbau der Energieversorgung).
 - Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch im Jahr 2016 bereits bei 19,8% (Ziel: 20% bis zum Jahr 2025).
 - Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung seit 2010 von 25,9% auf 43,3% im Jahr 2016 deutlich gestiegen.
 - Bayern hat im Übrigen im Jahr 2016 (letztes Jahr, für das amtliche Zahlen vorliegen) mehr als 96% seines Strombedarfs selbst gedeckt.
- Systemverträgliche Sektorenkopplung, die vor allem auch eine bessere Anpassung des Stromverbrauchs an die Stromverfügbarkeit ermöglicht, beschleunigt den EE-Ausbau.
- Erdverkabelung von HGÜ-Leitungen hat Akzeptanz für Netzausbau deutlich gesteigert und trägt zur Beschleunigung bei. Einsatz für mehr Erdverkabelung auch im Wechselstromnetz.
- Bessere Regionale Verteilung des EE-Zubaus („Regionalquote“, vereinbart im Koalitionsvertrag) entlastet Stromnetze und beschleunigt EE-Ausbau.

6. Wollen Sie den durch das 10H-Gesetz ausgelösten faktischen Zubauhalt bei Windkraftanlagen in Bayern wieder auflösen? Und wenn ja wie?

- 10H-Regelung gibt Kommunen beim Windkraftausbau mehr Verantwortung und stärkt Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sie hat sehr zur Befriedung der Situation im Freistaat beigetragen.
- Konkrete Planungen zu einer Abschaffung der 10H-Regelung gibt es nicht. Sie wären ohne vorherige umfangreiche Erhebungen nicht angemessen.
- Laut Begründungstext des 10H-Gesetzes ist fünf Jahre nach Inkrafttreten (also Ende 2019) eine Evaluation vorzunehmen.

7. Wie wollen Sie den in den letzten Jahren um über 75% zurückgegangenen Ausbau der Photovoltaik in Bayern wieder beschleunigen?

- 2017 laut Bundesnetzagentur bereits wieder bayerischer Zubau von rund 419 MW, nach ausbauschwachen Jahren (2015 rund 302 MW, 2016 rund 238 MW) wieder gleiches Niveau wie 2014.
- Bei Verhandlungen zum EEG 2017 haben wir durchgesetzt, dass die Länder Freiflächenanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen in benachteiligten Gebieten in die Flächenkulisse des EEG aufnehmen können. Bayern hat von der Ermächtigung Gebrauch gemacht (max. 30 Zuschläge pro Jahr).
- Kontingent 2017 innerhalb von nur zwei Ausschreibungsrunden ausgeschöpft. Auch 2018 wird das Kontingent ausgeschöpft.
- Bayern ist somit in den Ausschreibungsverfahren höchst erfolgreich.
- Die Staatsregierung erwartet weitere positive Ergebnisse des PV-Ausbaus in den kommenden Jahren.

8. Welche Rolle(n) sehen Sie für Bioenergien in der künftigen erneuerbaren Energieversorgung?

- Biomasseanlagen können schwankende Erzeugung von Wind- und PV-Strom ausgleichen und sind daher wichtig.
- Ende 2017 in Bayern rund 2.500 Biogasanlagen sowie andere Biomasseanlagen, 8,7 TWh Strom (rund 25% des bayerischen EE-Stroms).
- Bayern setzt sich für angemessene Vergütung ein (z.B. Unterscheidung nach Größenklassen bei den Ausschreibungen).
- Wichtiges Ziel: Noch mehr Gülle in Biogasanlagen verwerten.
- Feste Biomasse (z.B. Holz) wichtig für Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien. Förderung der Errichtung von Biomasseheizwerken mit Förderprogramm BioKlima.
- Biokraftstoffe stärken die Versorgungssicherheit im Verkehr und tragen zum Klimaschutz bei. Ihre Erzeugung schafft Wertschöpfung in ländlichen Regionen.

9. Sind Sie dafür, dass die EEG-Umlage auf erneuerbar erzeugten Strom beim Eigenverbrauch und Verkauf innerhalb eines Hauses bzw. Quartieres abgeschafft wird? Was wollen Sie dafür im Landtag unternehmen?

- Vollständige Abschaffung der EEG-Umlage im Bereich der Eigenversorgung hätte Flucht in die Eigenversorgung zur Folge und würde Finanzierungsbasis des EEG aushöhlen.
- Kosten würden auf immer weniger Schultern verteilt (Entsolidarisierung), dadurch Gefährdung der Akzeptanz der Energiewende.

- Fortschreitende Eigenversorgung verringert auch die wünschenswerte Flexibilität des Gesamtsystems auf der Nachfrageseite.

10. Mehr als die Hälfte des Endenergieverbrauchs in Deutschland erfolgt für die Bereitstellung von Wärme und Kälte. 80% der hierfür verbrauchten Energie ist fossiler Herkunft. Mit welchen politischen Maßnahmen wollen Sie den Klimaschutz im Gebäudebereich zum Durchbruch verhelfen?

- Geplanter neuer Anlauf zur Zusammenlegung des Energieeinspargesetzes, der Energieeinsparverordnung sowie des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes zu einem Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist begrüßenswert.
- Allerdings müssen Eckpunkte beachtet werden: internationale Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Technologieoffenheit und Vereinfachung.
- Weiterhin nachdrücklicher Einsatz für Einführung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung.
- 10.000-Häuser-Programm zur Unterstützung privater Bauherren, zur intelligenten Kombination von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien im Gebäudebereich.
- Breites Angebot von Energieleitfäden und Planungshilfen für Bauherren, Handwerker und Gebäudeplaner im Energie-Atlas Bayern.

11. Auch in den Materialien, die wir alle benutzen und schließlich wegwerfen, steckt oft sehr viel Energie, die am Ort der Herstellung CO₂-Emissionen verursacht hat. Wie werden Sie im Landtag auf diese Problematik reagieren?

- Durch einen sparsamen und effizienten Einsatz von Ressourcen kann der Ausstoß von CO₂ gesenkt werden.
- Wichtige Grundlage ist dabei die Betrachtung der Ressourcennutzung im Sinne einer Integrierten Produktpolitik (IPP) über die gesamte Lebensdauer eines Produktes.
- Bereits in der Produktion können Einsparpotenziale im Ressourcenbereich erkannt und optimiert werden (z.B. Verbesserungen von Prozessketten, bessere Auslastung von Produktionsanlagen). Im Rahmen der seit 1999 bestehenden IPP-Initiative des Bayerischen Umweltministeriums wurden zahlreiche Projekte durchgeführt.
- Das Thema IPP ist aktuell ein Schwerpunkt im geplanten Projektverbund des StMUV für mehr Ressourceneffizienz in KMU und Handwerk – ForCYCLE II, der Mitte 2019 starten soll.
- Zur Information und Vernetzung bayerischen Unternehmen hat das StMUV im Jahr 2016 das Ressourceneffizienz-Zentrum Bayern gegründet.

12. Im Verkehrsbereich ist im Ballungsraum München und speziell im Freisinger Land aus vielen Gründen (Klimaschutz, Luftreinhaltung, überlastete Straßen etc.) ein Quantensprung für mehr Klimaschutz erforderlich. Was könnte Bayern für einen viel besseren ÖPNV und Radverkehr tun? Was wollen Sie im Landtag dafür unternehmen?

- Staatsregierung setzt sich seit langem für Verbesserung des ÖPNV ein.
- Wegweisende Projekte im 100 Mio. €-Programm im Rahmen der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Söder vom 18.04.2018:
 - Einführung eines bayernweiten elektronischen Tickets
 - Schaffung flächendeckender Verbundstrukturen

- Förderung flexibler Busangebote (Smart- und Bürgerbusse)
- Ausweitung des Stundentaktes im SPNV, wo betrieblich möglich.
- Mit landesbedeutsamen, landkreisübergreifenden Buslinien werden auch dort wichtige Verkehrsverbindungen entwickelt, wo es keinen SPNV gibt.
- Aufstockung der Förderung von ÖPNV-Fahrzeugen (Bus, Tram, U-Bahn), WLAN im ÖPNV wird Standard.
- Zudem im bayerischen Kabinett am 10.07.2018 konkret beschlossen:
 - Vernetzte Mobilität: Ausbau der Kapazitäten Park&Ride/Bike&Ride, weiterer Ausbau verkehrsübergreifender Informationsangebote, damit der Wechsel zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr noch besser funktioniert.
 - Radverkehr: Mit dem Radverkehrsprogramm Bayern 2025 hat die Staatsregierung sich ehrgeizige Ziele gesetzt, insbesondere den Aufbau eines Radverkehrsnetzes für den Alltagsradverkehr, Radschnellwege und den Ausbau von Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen und ÖPNV-Haltestellen.

13. Beziehen Sie bitte klar Position zu der von der derzeitigen Bayerischen Staatsregierung gewollten 3. Startbahn.

a. Wollen Sie die 3. Startbahn? Oder wollen Sie diese verhindern?

Ich bin gegen den Bau einer 3. Startbahn am Flughafen München und zwar seit es die Debatte darüber gibt. Entsprechend habe ich mich in öffentlichen Stellungnahmen, Diskussionen und auch Abstimmungen im Bayerischen Landtag stets positioniert und geäußert.

Eine 3. Startbahn würde zu erheblichen Mehrbelastungen der Bevölkerung insbesondere im unmittelbaren Umfeld des Flughafens, also in unserer Region, führen. Dies wäre nicht gerechtfertigt, da insbesondere die tatsächlichen Flugbewegungen weit weg sind von den Prognosen, die zur Rechtfertigung des Projektes herangezogen wurden und werden. Der Flughafen München kann also auch in Zukunft mit den bestehenden beiden Bahnen ohne weiteres erfolgreich betrieben werden. Ich werde mich jedenfalls weiterhin gegen eine 3. Startbahn aussprechen und dagegen einsetzen.

b. Wie sehen Sie die Feinstaub- und Ultrafeinstaub-Problematik?

Ich halte es für richtig und notwendig, die gesundheitlichen Auswirkungen von UFP zu erforschen, hieraus Grenzwerte abzuleiten und festzulegen, an die sich dann Emittenten zu halten haben.

Zu den gesundheitlichen Auswirkungen liegen derzeit jedoch noch keine eindeutigen epidemiologischen Studien vor. Auch die WHO gibt für UFP bisher keine Beurteilungswerte bekannt. EU- und deutschlandweit wurden bislang aus diesen Gründen keine Grenzwerte festgelegt.

Grenzwerte lassen sich nicht per Landtagsbeschluss festlegen, ohne dass eine wissenschaftliche, also technische und medizinische Begründung dafür valide vorliegt. Alles andere wäre unseriös und purer Aktionismus.

Bayern ist jedoch auf diesem Gebiet nicht untätig, sondern macht das, was in der vorliegenden Situation die einzig richtige Vorgehensweise sein kann: Wir schaffen eine fundierte Daten- und Faktengrundlage. Daher wird eine Studie zu UFP-Konzentrationen in der

Außenluft durchgeführt (Landesamt für Umwelt, Wissenschaftszentrum Umwelt der Universität Augsburg, Helmholtz Zentrum München), begleitend zu einem Forschungsvorhaben des Bundes am Frankfurter Flughafen. Es handelt sich dabei um folgende Forschungsprojekte:

- Seit Januar 2017 läuft in Bayern ein LfU-Projekt (gemeinsam mit der Universität Augsburg und dem Helmholtz-Zentrum München). Hierbei soll insbesondere eine Grundlage zur Ermittlung und Bewertung von UFP geschaffen werden. Dafür werden Messgeräte an sechs verschiedenen Standorten (z.B. verkehrsnah, ländlicher Raum, industriell geprägt) in Augsburg getestet. Plausibilisierte belastbare Ergebnisse werden frühestens Mitte 2019 vorliegen.
- Bereits 2016 wurde vom Umweltbundesamt ein Projekt zur Erforschung von ultrafeinen Partikeln im Umfeld von Großflughäfen gestartet. Hauptziel des Projektes im Umfeld des Frankfurter Flughafens ist die Abbildung des Flughafens durch Modellrechnungen. Damit sollen die Ergebnisse, die zum Ende 2018 erwartet werden, auf andere Standorte übertragbar gemacht werden. Ein erster Zwischenbericht wurde am 06.06.2018 veröffentlicht.
- Im Rahmen der Expertenanhörung am 16.11.2017 im Bayerischen Landtag, wurde u.a. erörtert, dass weitere, insbesondere epidemiologische Studien zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Ultrafeinstaub notwendig sind, um beispielsweise Grenzwerte ableiten zu können.

Auch mir wäre mir es lieber, wenn es diese Grenzwerte schon gäbe. Es wird aber intensiv daran gearbeitet. Es ist sehr positiv, dass das Thema UFP sowohl bei der WHO als auch bei der EU unter starker

Beobachtung steht, wodurch zu erwarten ist, dass die wissenschaftlichen, technischen und medizinischen Grundlagen für Grenzwerte vorangetrieben werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Florian Herrmann'.

Dr. Florian Herrmann, MdL